

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 7-8

Artikel: Maos Ideen in Indien
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einzelne Zeichen dieses Kriegszustandes zeigen sich schon in einer Ausweitung der Rekrutierung, einem Verstummen von militärischen und polizeilichen Informationen, in Grenzpatrouillen und Vorbereitungen zur Zivilverteidigung. Dies ist eine betrübliche Lage, eine Lage, in welcher Vertreter einer Verständigungslösung eine fördernde und hilfreiche Führung einnehmen sollten.

In zunehmender Zahl scheinen junge Leute eine Bewegung ins Leben rufen zu wollen, welche auf diese Auseinandersetzungen eine Antwort geben soll, ohne Anwendung von Gewalttätigkeit und ohne dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit auszuweichen. Nach meiner Erfahrung haben besonders die Studenten überlegen auf Artikel, welche in Verbindung mit der Gandhi-Jahrhundertfeier erschienen, geantwortet.

Es scheint mir, dass diese Lage eine kühne Politik erfordert. Es ist an der Zeit, dass in der Öffentlichkeit bekannt wird, was eine pazifistische Politik in Südafrika heissen soll. Ein praktischer Versuch tut not und nicht nur immer ein Schwatzen. Es ist nötig, dass wir mit «bitter enders» (solche, die bis ans bittere Ende mit der Apartheid wie bisher weitermachen wollen. WK) in Südafrika ins Gespräch kommen. Es ist nötig, dass wir Freundschaft und Verbindung mit Menschen guten Willens in «Feindländern» aufnehmen. Wir haben einen zügigen Gegenvorschlag gegen den Militärdienst einzubringen; auch wenn er nicht angenommen wird, sollten wir ihn aufrecht erhalten. Wir sollten jungen Männern, die ihrer Rekrutierung entgegensehen, mit Rat beistehen. In dieser besonderen Lage mag es euren Mut stärken, zu wissen, dass ich mit dem diensttuenden Untersuchungsbeamten Major T. J. Swanepoel im Compolgebäude in Pretoria ein Gespräch führte. Es betraf dies einen Gefangenen, dessen Frau in East London lebt, und der von ihrer Kirche Beistand erwartet. Auch wenn man nicht in direkten Kontakt kommen kann, so leben wir alle in der südafrikanischen Lage, und irgendwie haben wir in unserem Leben viele andauernde und wirkungsvolle Begegnungen mit entgegengesetzten Bestrebungen in unserer Nation, in welche man kämpferisch eingreifen kann.

Beiden Seiten guten Willen bezeigen, gegenseitiges Verständnis aufbauen, Vertrauen entgegenbringen und Verbindungen schaffen, ist der einzige der Wirklichkeit entsprechende Weg zurück in eine glücklichere Zeit, in welcher das Regiment des Rechts, das auf allgemeiner Zustimmung beruht, das Regiment der Angst ersetzen wird. *Übersetzt von Willi Kobe*

Maos Ideen in Indien

Was im Subkontinent Indien mit seiner rapid zunehmenden Bevölkerung und einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Ochsenkarren-tempo zu erwarten war, scheint sich anzukündigen. Die «Far Eastern Economic Review» (18. Juni 1970), die nicht dafür bekannt ist, dass sie unbedeutende Vorgänge aufbauscht, spricht von einem «kommenden Sturm». Be-

kannlich ist die Kongresspartei, die zur Zeit der Befreiung Indiens von der englischen Kolonialherrschaft ein Instrument des Fortschritts war, der langsamen Auflösung verfallen. Schon Mahatma Gandhi vermochte die auseinanderstrebenden Interessengruppen nur mühsam einigermaßen zusammenzuhalten und nur, weil ein grosser Teil des indischen Volkes ihn wie einen Heiligen verehrte. Seit seinem Tode, vor über 20 Jahren, sind die Kräfte des politischen Zerfalls um so ungehemmter zum Zuge gekommen, als das Charisma von Gandhis Persönlichkeit auf keinen Nachfolger in der Bewegung übergegangen ist. Man spricht von Mahatma noch immer als vom «Vater der Nation», doch von einem andauernden Einfluss Gandhis auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Indiens kann ernsthaft nicht die Rede sein.

Was seit einiger Zeit Aufsehen erregt, ist im Gegenteil eine scharfe Ablehnung der Prinzipien des Mahatmas durch die radikalisierte junge Generation. Gandhi wird in ihren Kreisen direkt als «Verräter im Dienst des britischen Imperialismus» bezeichnet. Die oben erwähnte «Far Eastern Economic Review» lässt den Inder Nayan R. Chanda als Augenzeugen über Vorfälle in Westbengalen, im besonderen in Kalkutta, berichten, die für die Regierung höchst alarmierend sind. Nach dem Dorf Naxalbari, in Westbengalen «Naxalites» genannt, hat sich eine straff organisierte Gruppe von Revolutionären etabliert, «Communist Party of India» (CPI), die sich Marxist-Leninist nennt und einen Guerillakrieg gegen die indische Gesellschaft führt und es speziell auf die Universitäten und Gandhi-Institutionen abgesehen hat. Um zu beweisen, dass sie besser diszipliniert und einsatzfähiger sind als irgendeine andere politische Partei, feierten sie den 100. Geburtstag Lenins durch eine Blitzdemonstration in Kalkutta. Am 22. April letzthin war der Kalkutta Maidan, ein riesiger Platz in der Mitte der Stadt, der Schauplatz seltsamer Vorkommnisse. Plötzlich tauchten wie auf Kommando Tausende von roten Fähnchen und Büchlein auf, junge Burschen und Mädchen formierten sich innerhalb von Minuten zur Überraschung der Menge von Spaziergängern zum Demonstrationszug; riesige Porträts von Mao, Lenin und Märtyrern der Naxaliten schossen in die Höhe, unter Rufen von «lang lebe Chairman Mao und die Partei». Die Demonstranten – ihre Zahl wird auf 40 000 geschätzt – hielten ausgezeichnete Marschdisziplin und verschwanden schliesslich in der Menge, von der sie alsbald nicht mehr zu unterscheiden waren. Keine Plakate, auch keine Notiz im Mitteilungsblatt der Naxaliten, das illegal stark verbreitet wird, hatten auf die Demonstration vorbereitet. Die Polizei beteuerte, sie hätte nicht bemerkt, was gespielt werden sollte, und wurde vom Gouverneur dafür scharf hergenommen. Überdies wurden sechs Bataillone der Reservepolizei in höchster Eile nach Westbengalen beordert. Natürlich lange nachdem sich die organisierenden Kräfte wieder auf ihre Posten auf dem Land zurückgezogen hatten.

Die indischen Dörfer sind ihr eigentliches Tätigkeitsfeld, und die Vernachlässigung der Bodenfrage durch die Kongressregierungen der letzten Jahrzehnte macht die Landschaft zum Nährboden der Revolution. Was das englische Kolonialregime in Indien hinterlassen hat – Grossgrundbesitz mit

einem nach Millionen zählenden landlosen Proletariat und damit verbundener periodischer monatelanger Arbeitslosigkeit –, besteht eben nach wie vor. Auch Gandhis Versuche, durch Wiedereinführung einer Heimindustrie, das Spinnen und Weben von Baumwollstoffen, die Arbeitslosigkeit zu mildern, wie auch die Landschenkungs-Kampagne eines Vinobe Bhave haben nichts Grundlegendes am Landwirtschaftsproblem Indiens geändert. Noch am Anfang dieses Jahrhunderts hätten ihre Bemühungen möglicherweise Erfolg haben können. Doch wie soll eine Bevölkerung, die zu 70 Prozent aus Bauern besteht, die zudem eine an das Minimum grenzende Produktivkraft aufweist, existieren können neben einer westlichen Welt, die mit einem Bauernanteil der Bevölkerung von 5 bis 6 Prozent einen Überfluss an Lebensmitteln beschaffen kann.

Ein autarkes Indien ist der starken Bevölkerungszunahme wegen undenkbar. Im Unterschied zu früheren Epochen seiner Geschichte, als Hungersnöte, eine gewaltige Kindersterblichkeit und ganz allgemein eine Lebenserwartung von 30 bis 40 Jahren von den Indern als unabänderliches Schicksal empfunden wurde, wird in Indien Hilfe vom Ausland heute als selbstverständlich erwartet. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat kein zurückgebliebenes Land total so viel an finanzieller Unterstützung, an Nahrungszuschüssen erhalten wie Indien. Doch haben auch die ungezählten Milliarden, die teils aus politischen Motiven im indischen Subkontinent investiert oder den Indern zum Teil sogar geschenkt wurden, das Wirtschaftsleben Indiens, insbesondere dessen Landwirtschaft, auf die Beine stellen können. Das ist zum Teil auf gewisse üble Erscheinungen zurückzuführen, die mit dem Grossgrundbesitz in engem Zusammenhang stehen, wie das Zamindar-System in der Verwaltung der grossen Güter, das in den meisten Fällen mit unvorstellbarem Wucher verbunden ist. Das Zamindar-System wird zwar auf dem Papier, das heisst durch Regierungserlasse, bekämpft, besteht aber trotzdem fröhlich weiter. Man könnte glauben, es würde sich der Widerstand gegen das unmögliche Zamindar-System in der so ausgebeuteten Bauernbevölkerung und bei den landlosen Proletariern selbst regen. Dazu sind sie jedoch durch generationenlanges Leiden und die scheinbare Nutzlosigkeit einer Auflehnung gegen ihre Bedrücker so apathisch geworden, dass es gewaltiger Antriebskräfte und Erfolg versprechender Aktionen bedarf, um die Bauern ihrer lähmenden Lethargie zu entreissen. Massive Arbeitslosigkeit ist nach den Ergebnissen des Weltnahrungskongresses (Juni 1970 in Den Haag) für die Entwicklungsländer heute eine noch grössere Gefahr als Hunger.

Nun ist die Arbeitslosigkeit in Indien unter den Absolventen von Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten ebenso verheerend wie unter der Bauernsamen. Die Far Eastern Economic Review weist darauf hin, dass in Westbengalen allein 60 000 ausgebildete Ingenieure arbeitslos sind und dass für 150 000 Absolventen der Universität von Kalkutta jährlich in ganz Westbengalen nur 8000 neue Arbeitsplätze verfügbar sind. Es ist so nicht erstaunlich, dass die staatlichen Bildungsinstitute Brutstätten des «Naxalismus» geworden sind. Polizeirazzien, die in den betroffenen Gebieten – aus-

ser Westbengalen zum Beispiel in Assam und Bihar – an der Tagesordnung sind, treiben die Rebellen auf das Land. So haben sich in den letzten Jahren Tausende von Studierenden, unter ihnen glänzend begabte, in die Dörfer verzogen, um dort Zellen des Aufstandes zu organisieren. Den Kontakt unter den Rebellen hält ihr gegenwärtig unbestrittener politischer Führer Charu Mazumdar aufrecht. Mit dem Beispiel der chinesischen Revolution vor Augen appellierte er an die Kader der Bewegung, in den Dörfern «eine Vernichtungskampagne zu führen, indem sie die Guerillamethoden gegen Grossgrundbesitzer und ihre Agenten anwenden». Sie führen, wiederum nach chinesischem Vorbild, Klage gegen diese Bedrücker vor «Volksgerichtshöfen». Das Urteil wird vollzogen nach «Tellenmanier», indem man ihnen auflauert oder sie in ihrem Landgut überfällt. «Deshabrati», das Mitteilungsblatt der Rebellen, enthielt in der letzten legal erschienenen Ausgabe eine Liste von 60 Grossgrundbesitzern, ihrer Agenten und Polizeikräfte, die umgebracht worden sein sollen. Ende letzten Jahres waren Angriffe dieser Art so zahlreich, dass viele Grossgrundbesitzer, offenbar weil sie dem Polizeischutz nicht trauten, aus ihren Landsitzen flohen. An ihrer Stelle übernahmen am Ort gewählte Bauernausschüsse die Verwaltung der Güter. Wieder wie in China blieben kleine Landbesitzer auf ihren Gütern und führten ihre Arbeit weiter, allerdings nach Vorschrift und unter Aufsicht der Bauern.

Natürlich erfolgten in solchen Gebieten prompte und massive militärische Aktionen, die jedoch den Grundbesitzern das Gefühl der Sicherheit nicht wiedergeben konnten. Es gelang auch nicht, die Rädelsführer der Aufständischen festzunehmen. Was jedoch die Behörden vor allem beunruhigt, ist der Umstand, dass die Bauern gar nicht geneigt sind, bei der Verfolgung der Rebellen mitzumachen, dass, wie es ein Minister ausdrückte, die Auführer «zunehmender Popularität sicher sind, wenn sie die ortsansässigen Tyrannen bestrafen».

Man darf leider nicht hoffen, dass die indische Regierung auf solche Erscheinungen anders reagieren wird als durch Unterdrückung der Revolte. Sie mag vorerst noch ein Funke sein oder ein kleines Buschfeuer, das man austreten kann. Die Chance ist aber gross, dass daraus ein Präriebrand wird, wie dies viele Beobachter der indischen Szene fürchten. *Red.*

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Internationaler Exekutiv-Ausschuss

Helsingfors, Dänemark, 25.—27. Juni 1970

Folterungen

In Anbetracht der erneut zunehmenden beschämenden, Anwendung von Folterungen für politische Zwecke und der Tatsache, dass Folterungen zur systematisch angewandten Praxis sich zu entwickeln scheinen,